Spanischer Staat: Vom Wohnungswesen zur Macht der Menschen

Eine neue Bewegung in Spanien verwandelt die Wohnungskrise in einen umfassenderen Kampf um Arbeit, soziale Rechte und politische Macht.

Miguel González Cabezas, 02. Oktober 2026



Margaret Thatchers „Demokratie der Eigentümer“ war nicht einfach nur ein Projekt zur Ausweitung des Wohneigentums. Es war ein Weg, eine soziale und politische Ordnung aufzubauen, in der wirtschaftliche Sicherheit an Privateigentum und damit an die Verteidigung des bestehenden Systems geknüpft wurde.

Ein ähnliches Modell nahm in Spanien Gestalt an. Vier Jahrzehnte später zeigt dieses Modell Risse. Proteste rund um das Thema Wohnen haben sich in Spanien ausgebreitet, und die Demonstranten fordern von der Regierung nicht einfach nur, das alte Modell wieder funktionsfähig zu machen. Sie stellen das Modell selbst in Frage. Aus einer Wohnungskrise wird eine politische Krise.

Von einer Zwangsräumung zu einer Bewegung

Am 23. September wurde Maricarmen Abascal, nachdem sie 71 Jahre lang in der Wohnung gelebt hatte, aus ihrem Madrider Zuhause zwangsgeräumt. Ihre Räumung, die durchgeführt wurde, während sich draußen Demonstrant:innen versammelten, löste Proteste und eine Besetzung auf der Puerta del Sol aus. Die Mobilisierung hat sich seitdem auf Städte in ganz Spanien ausgeweitet, während die Regierung mit zwei Wohnungsgesetzen reagiert hat, die Zwangsräumungen, Mieten und die Verlängerung von Mietverträgen regeln.

Maricarmen ist zu einem Symbol geworden. Doch die Situation geht weit über ihren Einzelfall hinaus. Der Hauptgrund für diesen Artikel ist es, einer Geschichte mehr Tiefe zu verleihen, die von den internationalen Medien bislang größtenteils als Protest gegen die Wohnungsnot im Anschluss an eine dramatische Zwangsräumung dargestellt wurde. Selbst in der spanischen Berichterstattung fiel es teilweise schwer, zu erfassen, was sich vor Ort tatsächlich verändert.

Ein Großteil der Medienberichterstattung konzentrierte sich auf Maricarmen, während andere das Lager in Madrid mit der Indignados-Bewegung von 2011 verglichen haben. Ein weiterer Blickwinkel richtete sich auf die parlamentarische Arithmetik: ob die Regierung genügend Stimmen sammeln kann, um ihre Wohnungsbaumaßnahmen zu verabschieden. Diese Ansätze sind nicht falsch, aber sie lassen das Gesamtbild außer Acht. Sie reduzieren eine wachsende Bewegung auf die Geschichte einer einzelnen Person, einen historischen Vergleich oder eine parlamentarische Kalkulation.

Auch der Vergleich mit den Indignados hat seine Grenzen. Der Kontext ist ein anderer. Der politische Raum wird heute durch den Aufstieg der extremen Rechten und durch eine Regierung geprägt, die zum Teil aus jener Generation hervorgegangen ist, die die Energie von 2011 in Wahlpolitik umgewandelt hat. Nach Jahren institutioneller Politik und Versprechungen zum Thema Wohnen kommt die Frustration zunehmend durch Organisationen außerhalb des Parlaments zum Ausdruck.

Die Bewegung ist zudem besser organisiert. Als Reaktion auf steigende Mieten, Immobilienspekulationen und jahrelange Basisarbeit sind Mietervereinigungen gewachsen. Allein in Madrid mobilisierte der Verband im Jahr 2024 bis zu 400.000 Menschen für eine Demonstration. Ähnliche Organisationen sind in Städten im ganzen Land aktiv.

Zudem gibt es einen Generationsbruch gegenüber 2011. Eine neue Generation, die teilweise durch die Mobilisierung für ein freies Palästina geprägt ist, konfrontiert zunehmend die Regierung, die als „die fortschrittlichste“ seit der Wiederherstellung der Demokratie dargestellt wird. Für sie ist das Thema Wohnen Ausdruck einer umfassenderen Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Das ist von Bedeutung, da die Bewegung beginnt, über

das Thema Wohnen als Einzelproblem hinauszugehen. Mieten, Zwangsräumungen und der Zugang zu Wohnraum stehen zunehmend im Zusammenhang mit Löhnen, Arbeitsbedingungen, öffentlichen Dienstleistungen und der übergeordneten Frage, wer die zum Leben notwendigen Ressourcen kontrolliert.

Vom Platz zum Streik

Die Mobilisierung hat bereits konkrete Ergebnisse hervorgebracht. Nach tagelangem Druck einigte sich Urbagestión – das Unternehmen, dem die Wohnung gehört – auf eine Vereinbarung, die es Maricarmen ermöglicht, mit einem Achtjahresvertrag in ihre Wohnung zurückzukehren, wobei die Miete auf 30 % ihres Einkommens begrenzt ist. Auch andere Räumungen konnten durch kollektives Handeln verhindert werden. Gleichzeitig wurde die Regierung dazu gedrängt, neue Maßnahmen vorzuschlagen, obwohl Wohnungsorganisationen diese als vorübergehend und unzureichend kritisiert haben – und es gibt den Aufruf, den Kampf fortzusetzen.

Die Lager sind nicht nur Orte des Protests, sondern Räume, in denen sich Menschen organisieren, diskutieren und kollektive Macht aufbauen. Als faschistische Gruppen drohten, das Lager in Madrid nachts zu stürmen, gab es eine massive Reaktion der Bevölkerung. Am Dienstag, dem 29. September, erklärte das Lager in Madrid, noch weiter gehen zu wollen, und schlug einen Generalstreik vor. Dies zeigt die Möglichkeit, den Konflikt weiter zu eskalieren, was möglicherweise zu einem Generalstreik in den Stadtvierteln und an den Arbeitsplätzen führen könnte.

Wir wissen nicht, wohin diese Bewegung führen wird. Aber etwas hat sich bereits verändert: Eine Bewegung, die aus einer einzigen Zwangsräumung hervorgegangen ist, baut Macht des Volkes jenseits der Wahlpolitik auf und verbindet das Thema Wohnen mit Arbeit, sozialen Rechten und dem umfassenderen Kampf gegen den Aufstieg der extremen Rechten.

Der Neoliberalismus hat das Privateigentum zum Kernstück der sozialen Sicherheit gemacht. Die in Spanien entstehende Bewegung fragt: Was passiert, wenn Wohnen sich am Recht auf Leben statt am Recht auf Profit orientiert? Für einige der heutigen Organisator*innen weist diese Frage über das Thema Wohnen hinaus auf eine umfassendere Infragestellung der Wirtschaftsordnung und letztlich auf einen sozialistischen Horizont hin.

Der Gastbeitrag dieser Woche stammt von Miguel González Cabezas, einem Aktivisten bei Anticapitalistas. Seinen Substack könnt ihr hier abonnieren.

Quelle: Circumstances – Substact Miguel González Cabezas